



14. Europa-Abend des AGA Unternehmensverbandes

Europa in der Reifeprüfung

Rede von Premierminister Jean-Claude JUNCKER

Hamburg, am 27. Juni 2003

Textfassung der frei gehaltenen Rede

Nur das gesprochene Wort gilt

Frau Präsidentin,
Frau Senatorin,
Meine sehr verehrten Damen,
Meine Herren,

es ist mir eine besondere Freude heute Abend in Hamburg zu sein, in dieser weltoffenen, nicht als schön bekannte, aber sich schön zeigenden Stadt. Fast hätte ich es nicht bis nach Hamburg geschafft, weil der Bundeskanzler mich gebeten hat, heute Abend anlässlich der Klausurtagung des Bundeskabinetts einen hoffentlich wirksamen Auftritt zu machen. Aber Ihr Verband hat sich als so flexibel erwiesen, als er es doch ermöglichte, beides zu kombinieren. Sie zu überzeugen, erster Teil des Abends, könnte mir unter Umständen gelingen. Die Damen und Herren der Bundesregierung von der Richtigkeit bestimmter Wege zu überzeugen, ist der schwierigere Teil des Abends.

Ansonsten bin ich auch nicht der geeignete Mann, um in Deutschland über Europa zu sprechen, weil ich in völlig ungenügendem Maße über eine neue deutsche Tugend verfüge, nämlich dass ich nicht zur Larmoyanz neige und nicht sehr viel davon halte, dass man sich erst einmal über die Umstände der Zeit und die Ungerechtigkeit der Welt beklagt und über dem Beschreiben von diesen Unzulänglichkeiten nicht die Zeit findet Verbesserungsvorschläge zu machen. Als ein in Larmoyanz weniger geübter Redner werde ich trotzdem versuchen, einigermaßen heil über den Abend zu kommen. Sich zu beklagen hat man inzwischen auch in Luxemburg gelernt, weil die Wirkung der öffentlich-rechtlichen elektronischen Medien unaufhaltsam weiterschreitet. Insofern wird auch Luxemburg zusehends von Larmoyanz deutscher Prägung überrannt und übermannt. Insofern habe ich auch einiges auf Lager, wenn Sie gerne weinen möchten.

Über Europa in der Reifeprüfung werden wir heute Abend reden. In Europa ist etwas dabei, sich vor unseren Augen abzuspielen, was einen Reifeprozess, eine Wachstumskrise, ein verzweifelt Bemühen aus postpubertären Reflexzonen herauszukommen, sichtbar macht. Wir werden am 1. Mai 2004 zehn neue Mitglieder in die Europäische Union aufnehmen. Nicht weil wir sie zwingen würden, unbedingt Mitglieder der Europäischen Union zu werden, sondern weil sie Mitglieder der Europäischen Union werden möchten. Dies ist ein Beleg für den nachhaltigen Erfolg der europäischen Integration. Wenn man sich Europa vorstellt, wie es vor zwölf, dreizehn oder vierzehn Jahren war und sich ansieht, was jetzt in Europa alles möglich geworden ist und hätte man dies vor zwölf, dreizehn Jahren voraussagen gewagt, dann wäre man sofort in der Kategorie der nicht mehr zu Rettenden untergebracht worden. Mir macht es immer wieder Freude - auch heute Abend genieße ich diese Freude wieder - dass man so einfach von Luxemburg über Hamburg nach Berlin fliegen darf und dass ich das mit einer Maschine meiner Wahl tun darf. Mir macht es immer noch Freude, weil man das jahrzehntelang nicht tun konnte. Somit bin ich in Deutschland eigentlich der einzige Redner, der sich über die deutsche Wiedervereinigung immer noch freuen kann.

Es gehört zu dem „deutschen Unwesen“, dass man aufgehört hat, sich über etwas zu freuen, worüber man sich dauerhaft freuen sollte. Die deutsche Wiedervereinigung hat sowohl den Deutschen wie auch den Europäern gut getan. Ich kann partout nicht einsehen, wieso man in Deutschland in öffentlicher Rede zuerst erklären muss, was alles nicht geht. Es ist jedenfalls etwas gegangen, von dem über Jahrzehnte gedacht wurde, es würde nie gehen. Die Wiedervereinigung kam zustande und darüber sollten wir uns immer noch freuen, weil sie Menschen zusammengebracht hat. Nicht nur Gebiete, sondern Menschen sind so zusammengewachsen wie sie zusammenwachsen mussten. Darüber besteht auch weiterhin Anlass zur Freude.

Die Tatsache, dass am 1. Mai 2004 der Europäischen Union zehn neue Mitglieder beitreten werden ist ein Beleg für Erfolgsgeschichte. Viele dieser Staaten, die am 1. Mai 2004 beitreten werden – eigentlich alle mit Ausnahme Maltas und Zypern – waren seit 1945 keine eigenständig handelnden Staaten und Nationen. In dem Moment, wo diese Staaten, diese Nationen ihre Freiheit wiederfinden, ihre Souveränität entdecken, lernen, was Autonomie auch im internationalen Geschäftsverkehr, politisch gemeint, bedeuten kann, genau in dem Moment, wo eigentlich die Gefahr besteht, dass sie jetzt auf Kosten und zu Ungunsten ihrer Nachbarn ihre neu entdeckte Souveränität ausüben würden, eigentlich austoben würden, beschließen diese Länder - und andere werden folgen - ihre nationale Souveränität, in deren Genuss sie seit 1945 nie mehr traten, unmittelbar mit der Souveränität anderer europäischer Staaten zu bündeln. Sie machen damit deutlich, dass es so etwas wie einen festgefügtten politischen Kontinent Europa gibt. Es ist ja nicht auszumachen, was passiert wäre, wenn Ungarn, Rumänien, Slowenien oder die Slowakei, letztere Staaten, die es vor zwölf Jahren noch nicht gab, für sich die Entscheidung getroffen hätten, sich jetzt in der Form für das erlittene Unrecht seit Kriegsende zu revanchieren, indem sie auf eigene Kosten zum eigenen Nutzen, allein und gegen andere, ihr Schicksal gestalten würden. Insofern hat sich diese friedensstiftende Wirkung der Europäischen Union, dieses kontinentale Durchstrahlen der europäischen Idee als etwas Unwiderstehliches für die jungen Demokratien in Ost- und Mitteleuropa erwiesen.

Nun hat es während Jahrzehnten zum guten Ton gehört in Sonntagsreden, auch wenn sie werktags gehalten wurden, den Menschen in Ost- und Mitteleuropa zu bedeuten, es reiche, den Kommunismus abzuschütteln und die europäischen Türen und Tore würden den Ankömmlingen bereitwillig geöffnet werden. Wenn man jetzt allerdings mit Ost- und Mitteleuropäern redet, wirkt es etwas befremdend, wenn jetzt viele eher beschreiben, was an dieser Erweiterung der Europäischen Union nach Ost- und Mitteleuropa mangelhaft ist und sich nicht übermäßig darauf konzentrieren, Chancen und Nutzen zu mehren, die durch die Erweiterung nach Ost- und Mitteleuropa entstehen können, zu beschreiben.

Es war einfach zu sagen: Macht nur den Kommunisten den Garaus und es geht alles besser. Aber jetzt müssen wir zudem zeigen, dass wir es gemeinsam verstehen, mit den Ost- und Mitteleuropäern eine gemeinsame europäische

Zukunft aufzubauen. Die Vorstellung, dass vor allem die Ost- und Mitteleuropäer sich zu bemühen hätten, dass wir uns ruhig zurücklehnen könnten und mal beobachten würden, wie sich die Neuen eigentlich in diesem Europäischen Haus bewegen würden, ist eine völlig verkehrte Vorstellung. Auch wir müssen uns anstrengen.

Im Übrigen sind die neuen Staaten aus Ost- und Mitteleuropa ja wesentlich agiler, wendiger, zukunftsduertiger als wir. Wenn man sich vorstellt, welchen Transformationsstress diese Staaten in den letzten zehn, zwölf Jahren zu bewältigen hatten, dann sind diese Staaten wesentlich reformfreudiger, wesentlich weniger strukturkonservativ als wir dies in unseren alten und gefestigten Demokratien sind. Anstatt mitleidig auf die sich Anstrendenden herabzublicken, wie manche das tun, wäre es wünschenswert, wenn wir sie in vielerlei Hinsicht zu Vorbildern machen würden. Sie zeigen uns, zu wie viel Transformation, zu wie viel Veränderung, zu wie viel positivem Wandel Völker und Regierungen fähig sind, wenn wirklich Änderung der Verhältnisse auf der Tagesordnung stehen. Die Menschen in Ost- und Mitteleuropa haben etwas verstanden, was wir prinzipiell mental immer noch ablehnen, nämlich dass es uns, wenn wir möchten, besser geht, dass wir uns ständig anpassen und verändern müssen. Insofern gehört diesen Menschen unser Respekt und nicht unser Mitleid. Sie machen uns vieles vor, unter anderem dass es für uns gut wäre, wenn wir auch zu ähnlichen Leistungen fähig wären.

Ähnlich verhält es sich mit dem Euro. Ich beschäftige mich schon zu lange mit dem Euro, um noch klar zu sehen. Anfang der neunziger Jahre war ich Finanzminister und habe die Regierungskonferenz zur Euro-Einführung vor dem Maastrichter Vertrag geleitet. Damals war es doch die Sorge von den tugendhaften Deutschen, Luxemburgern, Niederländern und anderen, dass jetzt die unverantwortlichen Südeuropäer auch den Anspruch auf eine stabilitätsorientierte Währung erheben würden, diese Inflationsländer, die es nie verstanden haben, anständig zu wirtschaften, diese Schuldenmacher aus Südeuropa, die die Stabilität der Währung in Gefahr bringen würden. Und wie sieht es heute aus? Es ist doch so, dass die Tugendhaften vom Norden in den Süden abgewandert sind. Es hat doch zum guten Ton gehört 1990, 1991 vor der „Tutti-Frutti-Währung“ zu warnen. „Tutti-Frutti“ ging nach Norden, die Tugend wanderte nach Süden.

Insofern wage ich zu behaupten: In dem Zusammenhang der Erweiterung sollte man sich über Tun und Lassen von Nationen nie Illusionen machen. Wir sind weniger gut als wir denken und die anderen sind wesentlich besser als wir wissen. Und aus diesem Gesamtgemisch entsteht auch so etwas wie identitätsstiftende europäische Heimeligkeit. Das macht es ja in Europa so interessant. Das geben inzwischen alle zu, auch die, die vom Euro nicht so begeistert waren. Heute steht niemand mehr gerne zu seinen Zögerlichkeiten der neunziger Jahre. Heute ist es ja so, dass alle immer schon für den Euro waren. Ich sage manchmal: Wenn die Katholische Kirche so viele Spätberufene hätte wie der Euro, dann gäbe es keinen Priestermangel, dann wären die Seminare gut gefüllt.

Vielen fehlt auch der normale Umgang mit dem Euro, auch in der überregionalen deutschen Presse, auch in den elektronischen Medien. Solange der Euro gegenüber dem Dollar und Konsorten an Wert verlor, konnte man jeden Abend in der *Tagesschau*, im *heute-journal*, einen Pfeil beobachten, der nach unten zeigte, immer tiefer, und deutsche Professoren und Fernsehkommentatoren haben uns jeden Tag erklärt, es hätte ja nicht anders kommen können, als dass der Euro täglich an Wert gegenüber dem Dollar und anderen Währungen einbüßen würde. Wenn jetzt der Euro steigt, sagen viele in der deutschen Presse nicht „Bravo, Stabilitätsgewinn“, sondern da lesen wir „Der Euro wird teurer“. Es hat niemand geschrieben, „Der Euro wird billiger“ als er fiel. Jetzt wo er steigt, wird er teurer. Man könnte ja auch einen Pfeil zeigen, der nach oben zeigt. Es gibt im deutschen Fernsehen immer nur Pfeile, die nach unten zeigen.

Wir wollten mit dieser Währung in größter Souveränität umgehen. Es macht keinen Sinn, dass wir uns jeden Tag – nicht nur in Deutschland, sondern in anderen europäischen Ländern – mit dem Außenkurs des Euros beschäftigen. Wir sollten hier zu dem normalen Umgang finden, den auch die Amerikaner zu ihrer Währung entwickelt haben. Die Amerikaner sagen: Der Dollar ist unsere Währung und eurer Problem. Die Europäer sind noch nicht so weit, aber wir könnten das auch tun, ohne dass wir das auf allen Plätzen und Straßen heraus posaunen: Der Euro ist unsere Währung und er stellt euch inzwischen vor wachsende Probleme. Wobei es mich fast amüsiert, aber nicht wirklich, dass auch führende Wirtschaftsvertreter in diesem Lande des Klagens nicht müde wurden, als der Euro eine Abwärtsbewegung substanzieller Natur verzeichnete und jetzt des Klagens nicht müde werden, wo er wieder die Nase nach oben streckt.

So millimetergenau kriegt man den Wechselkurs nie, dass er allen gefällt und deshalb muss er uns eigentlich egal sein. *Neglect* nennt man so etwas in New York. Genau diesen Umgang muss man mit der Währung haben, wobei sichergestellt werden muss, dass diese Währung auf Dauer stabilitätsorientiert bleibt und die Europäische Zentralbank auf Dauer eine auf Preisstabilität ausgerichtete Geldpolitik gestalten muss. Dies wiederum setzt voraus, dass die Regierungen in der Festlegung ihrer wirtschaftspolitischen Grundzüge und in der Ausartikulierung ihrer wirtschaftlichen Detailpolitik sich auch nicht vom Ziel der Preisstabilität entfernen. Preisstabilität haben wir erreicht in Europa, weil die Inflation inzwischen in dem von der Europäischen Zentralbank angepeilten Zielkorridor angekommen ist, nämlich Inflation von weniger als 2%. Insofern werden der Geldpolitik neue Möglichkeiten eröffnet.

Die Geldpolitik wird nie leisten können, was sie zu leisten hat, wenn die Wirtschaftspolitik, d.h. die Regierungspolitik, mangelhaft bleibt. Wir haben ein eklatantes Defizit in Sachen europäische Wirtschafts- und Währungsunion und diese Defizitkumulierung, diese Defizitdichte wurde auch vom europäischen Konvent nicht behoben. Es blieb bei einer mangelhaften Koordinierung der Wirtschaftspolitiken in der Europäischen Union, weil jede Regierung denkt, Wirtschaftspolitik - der Vertrag sagt das Gegenteil - wäre eine rein nationale Angelegenheit. Es gibt die Nationalökonomie nicht mehr. Es gab sie schon nicht

mehr, als wir uns im Vor-Euro-Raum aufhielten. Seit wir uns im Euro-Raum befinden, gibt es so etwas wie nationale Ökonomie nicht mehr, d.h. dass die zwölf Teilwirtschaftsräume, der Euro-Wirtschaftsraum, so miteinander harmonisieren müssen, als ob es ein einheitliches Wirtschaftsgebiet wäre, weil sie ja von einer gemeinsamen einheitlichen Währung bedient werden. Dass diese Währung sich manchmal schwer tut, dass es vielen in der Welt schwer fällt, sie auch richtig einzuordnen, hat wesentlich damit zu tun, dass das gesamteuropäische Projekt oder das europäische Gesamtprojekt für viele Menschen in Europa und in der Welt unleserlich geworden ist.

Aus diesem Grund schreiben wir von Vertragsnovellierung zu Vertragsneufassung und haben wir diesen europäischen Konvent auf den Weg gebracht, den wir auf den Weg bringen mussten. In der Tat zeigten die Regierungen, die nationalen Regierungsvertreter, sich erwiesenermaßen außerstande, eine zielorientierte Neustaffelung und Neuaufstellung der Europäischen Union für die Zeit nach der Erweiterung mit Ost- und Mitteleuropa auf den Weg zu bringen. Dies ist Sinn und Zweck des Konvents, der sich zusammengesetzt hat aus Regierungsvertretern, nationalen und europäischen Parlamentariern und der als Aufgabe hat, die europäischen Entscheidungsfindungen für jeden in Europa klarer nachvollziehbarer zu gestalten.

Mir fällt zum Konvent vieles ein, das so gestaltet wurde, damit der Gesamtentwurf jetzt leserlicher und besser geworden wäre, als er vorher war. Unter der Bedingung, dass die Regierungen bei der Regierungskonferenz - dort sind die Regierungen wieder allein - nicht Substanzteile dieses Konvents wieder auseinander reißen. Dass wir jetzt eine europäische Verfassung kriegen ist ein Fortschritt an sich. Vor zwei Jahren war es noch völlig unmöglich in Großbritannien das Wort „europäische Verfassung“ in den Mund zu nehmen. Dass jetzt die Idee „Europa kriegt eine Verfassung“ fast widerspruchslos hingenommen wird, ist ein großer Fortschritt. Die Tatsache, dass wir jetzt einen Grundlagenvertrag Verfassung nennen, der eigentlich keine richtige Verfassung ist, tut nichts zur Sache. Es kommt mir darauf an, dass der Wortlaut nicht mehr als obszön empfunden wird.

Dieser Grundvertrag hat ja auch Verfassungselemente, wobei man nicht denken sollte, dass wenn sich die Europäische Union eine Verfassung gibt, wir so etwas geworden wären oder werden würden, wie die Vereinigten Staaten von Amerika. Die Europäische Union wird nie die „Vereinigten Staaten von Europa“ werden. Ich wäre auch sehr dagegen, dass sie das wird. Solange Hamburger Hamburger sind und Deutsche Deutsche und Bayern Bayern und Luxemburger Luxemburger und Niederländer Niederländer und das auch bleiben möchten, macht es keinen Sinn, den Menschen etwas über ihre Lebensrealität zu stülpen, nämlich einen europäischen Staat, den sie eigentlich im Herzen ablehnen. Es gibt so etwas wie das Bedürfnis nach Nähe. Das hat mit nationalen Landschaften, mit regionalen Eigenarten, mit der Art und Weise zu Sein, zu Denken, zu Fühlen zu tun. Europa wird scheitern, wenn wir versuchen aus Europa einen Schmelztiegel zu machen. Europa lebt durch seine Vielfalt, durch seine kulturellen Unterschiede, durch das Neben- und

Miteinander von Sprachen, Kulturen, Eigenarten, die es zu pflegen gilt. Eine Verfassung wird nicht zu einem Instrument der totalen Uniformisierung werden, sondern wird, falls sie auf Dauer Wirksamkeit entfalten soll, die Einheit in der Vielfalt nicht nur beschreiben, sondern auch instrumental unterlegen müssen.

Dass wir in Zukunft in wesentlich mehr Bereichen als bisher üblich mit Mehrheit statt mit Einstimmigkeit entscheiden, trifft auf vollste Zustimmung. Dass wir einen europäischen Außenminister kriegen, der zuständig werden wird für europäische Außenpolitik, finde ich einen Schritt in die richtige Richtung. Dass die Charta der Grundrechte integraler Bestandteil des Verfassungstextes wird, kann keinen Widerspruch erregen, obwohl wir vor zwei Jahren noch nicht in der Lage waren, uns in der Frage zu einigen. In diesem Verfassungsentwurf, in diesem Konvententwurf gibt es sehr vieles, das es mit Beifall zu begleiten gilt.

Dass es natürlich auch einiges gibt, das den Ansprüchen der Konventsmitglieder, obwohl sie sich selbst heroisch applaudiert haben, nicht gerecht wird, das muss man noch sagen dürfen, ohne dass man sofort beschuldigt wird, dass man gegen die Idee des Konvents oder gegen weiterführende Schritte in der Europäischen Union wäre. Das institutionelle Gefüge, das sich im Konvent ausgedacht wurde, die Anlegung von den Gestaltungsinstrumenten, die Entscheidungswege und Entscheidungsfindungen begleiten, ist für mich in einer völligen undurchschaubaren Dunkelkammer untergegangen. Die institutionelle Neuordnung ist eine Dunkelkammer, in der ein Film liegt, von dem niemand weiß, was eigentlich auf diesem Film abgebildet ist, wo aber alle geholfen haben zu knipsen und jeder denkt: Da sind meine Bilder drauf. Wenn dieser Film entwickelt wird, werden wir alle staunen. Es sind überhaupt keine Bilder darauf, die geknipst wurden, sondern da sind Bilder drauf, die spontan entstanden sind.

Die Europäische Union gibt sich einen Präsidenten des Europäischen Rates so wie Parlament und Kommission ihn auch haben. Wir Luxemburger waren dagegen, dass man dieses Unding in die Welt setzt. Man weiß aber nicht genau, was der Präsident des Europäischen Rates tun wird. Er wird die Ratssitzungen vorbereiten, lenken und animieren. Was das im Detail heißt, wenn man eine Sitzung animiert, hängt sehr vom Sitzungsverlauf und von der Art der Sitzung ab. Er wird die Europäische Union nach außen repräsentieren, zusammen mit dem Kommissionspräsidenten, ohne in dessen Kompetenzen einzugreifen, sowie mit dem Außenminister, sofern dieser zuständig ist. Wie es funktionieren soll, wenn diese drei Europäer zusammen mit Herrn Bush über den internationalen Laufsteg laufen, da bin ich mal sehr gespannt. Von Henry Kissinger stammt der Satz, dass er so gerne über eine Telefonnummer verfügen würde, um mit den Europäern über Außenpolitik zu reden. Er kriegt jetzt ein ganzes Telefonbuch geliefert. Also hier brauchen wir Klarheit.

Zur Zeit hat die griechische Regierung den Vorsitz der Europäischen Union inne. Wer über den Vorsitz in der Europäischen Union verfügt, wer zuständig und verantwortlich ist für das, was passiert, wenn der neue Vertrag in Kraft tritt, wissen wir überhaupt nicht, weil dort steht, dass die Staats- und Regierungschefs zu 25 einstimmig festlegen werden, wer was, wann, wo, wie

und für wie lange mit seinem ehrenwerten Vorsitz begleiten wird. Das heißt, man hat überhaupt keine Transparenz in der Art und Weise, wie Institutionen ausgelegt sind. Das muss man in der Regierungskonferenz beheben und das wird auch zu beheben sein.

Hinzu kommt, dass wir in wesentlichen Punkten europäischer Politik, die sowohl den Binnenmarkt als die Währungsunion als die Außenvertretungen derselben betreffen, nicht von der Stelle kommen. Es bleibt ein Unding, dass wir auch in Steuerfragen, in zentralen Bereichen der Unternehmensbesteuerung, mit Mehrheit entscheiden müssen. Weil es keine binnenmarktkonforme Steuerlandschaft in Europa geben wird, weil es keinen endgültig wirksamen Kampf gegen unfairen Steuerwettbewerb, gegen fiskales Dumping geben kann, werden wir nicht Mindestvorschriften im Unternehmenssteuerbereich europäisch mit Mehrheit entscheiden können. Ich sage das aus gutem europäischen Grund, aber auch aus gutem nationalen Grund. Das gilt auch für Deutschland. Wir machen unsere Steuergesetzgebung, wie wir sie halt machen und wir machen sie in Luxemburg sehr oft nach deutschem Vorbild, weil wir aus der deutschen Besatzungszeit zumindest auch noch die Abgabenordnung in Luxemburg nennen dürfen. Die reformieren wir seit 1966. Die ist immer noch wie sie war, nämlich nicht anzuwenden. Aber sie bleibt so wie sie ist. Jedenfalls in Deutschland, in Luxemburg, in den Niederlanden, wo es eine strenge Art der Planifizierung der Steuerlandschaft gibt, macht es Sinn, dass wir europaweit verbindliche Mindestregeln im Steuerrecht kriegen, damit andere, die es mit der Steuerrigidität weniger Ernst nehmen, uns nicht dauernd wettbewerbsmäßig betrachtet, auf dem Vorsprung sind.

Das Gleiche gilt im Übrigen auch für eine Mindestarbeitnehmerregelung. Genau dort muss auch angesetzt werden. Es ist ein besonders wichtiger Punkt für den Mittelstand. Ich wundere mich immer, dass sich der deutsche Mittelstand so intensiv gegen diese Mindestarbeitnehmerrechte wehrt. Wenn jeder sich an ein bestimmtes Minimum halten muss, wird die Wettbewerbsfähigkeit, die Konkurrenzfähigkeit eher wachsen als abnehmen, anstatt dass durch fiskales, unsoziales Dumping sich diejenigen, die ordnungspolitisch richtig gepolt sind, ständig im Nachteil befinden.

Das kriegen wir mit diesem Konvent nicht hin, genauso wenig wie wir in Sachen gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik zu Mehrheitsentscheidungen kommen. Also auf dem Höhepunkt der Irak-Krise sind wir uns doch alle einig gewesen, dass uns Derartiges nicht mehr passieren kann. Man muss auf Dauer aus dem zwischenstaatlichen Schwitzkasten herauskommen, wo Regierungen einstimmig für diplomatische Konferenzen festlegen müssen, was Sache ist in der Außenpolitik hin zu Mehrheitsentscheidungen. Dieser europäische Außenminister, egal wer das sein wird, welche Handlungsmöglichkeiten hat er, wenn seine Vorschläge nicht akzeptiert werden? Wir sind doch als Kontinent viel zu klein, um uns auf Dauer im Anständigkeitskäfig so einzuschließen, dass wir keine Außenwirkung entfalten können.

Wir denken immer, Europa sei ein großer Kontinent und wir reden darüber, dass das 21. Jahrhundert ein europäisches Jahrhundert bleiben muss. Wird es

nicht! Das 20. Jahrhundert war kein europäisches Jahrhundert. Es ist als amerikanisches Jahrhundert zu Ende gegangen. Das 21. Jahrhundert sieht nicht wesentlich anders aus als das endende 20. Jahrhundert. Es gibt eine große Nachfrage nach Europa in der Welt und je weiter man von Europa entfernt ist, umso schöner ist auch Europa. Wir werden in der ganzen Welt bewundert für das, was wir nach Ende des zweiten Weltkrieges hingekriegt haben, da müssen wir auch in Sachen Außenpolitik so zu Rande kommen, dass diejenigen, die nicht mit der Gesamtlinie einverstanden sind, verstummen und die anderen machen lassen. Ansonsten wird Europa, vor allem dieses währungspolitisch erstarrte Europa, keine Wirkung in der Welt entfalten können.

Wir werden es auch nie schaffen, Sorge dafür zu tragen, dass moderne europäische Außen- und Sicherheitspolitik einen Touch erhält, der auf Nachahmung trifft. Ich bin sehr dagegen, dass wir aus Europa einen militärischen Muskelprotz machen. Ich bin aber auch sehr dagegen, dass wir Washington anrufen müssen, wenn wir ein sicherheitspolitisches Problem in Europa regeln müssen. Wir leiden nicht daran, dass wir zu viel Amerika hatten. Wir leiden daran, dass wir nicht genug Europa haben. Dieses Europa müssen wir organisieren. Das sind wir auch denen schuldig, die Europa auf die Wege gebracht haben. Wir sind ja eigentlich nur Epigonen. Die Leistungsträger der vierziger und fünfziger Jahre sind doch die Menschen, die aus dem Krieg gekommen sind, aus den Konzentrationslagern, von den Frontabschnitten, die jeden Grund der Welt gehabt hätten, die fünffache Larmoyanz der heute zu beobachtenden an den Tag zu legen und sich zu sagen: Für den Rest des Lebens denke ich an mich und nicht an meinen Kontinent.

Wir müssen die Zukunft in die Hand nehmen und so eifrig am europäischen Haus bauen, wie unsere Eltern und Großeltern das gemacht haben. Unsere Urenkel werden das nicht machen. Diejenigen, die im Jahre 2030 die europäischen Staaten regieren oder die europäischen Gesellschaften animieren, sind von Hitler und Stalin so weit entfernt, wie ich von Clemenceau und Wilhelm II., d.h. so weit, dass man überhaupt nicht mehr weiß, dass es die beiden gab, dass die beiden an Europa Unrecht veranstaltet haben. Diese alten Dämonen haben es immer wieder fertig gebracht, aus Europa den unglücklichsten Kontinent des Planeten zu machen, weil wir es über viele Jahrhunderte nie verstanden haben, unsere Konflikte friedlich, sondern immer mit militärischen Mitteln zu lösen. Diese Dämonen sind nicht weg. Sie schlafen nur. Man hat ja im Balkan gesehen, wie schnell sie wieder wach werden.

Dieser dramatisch komplizierte Kontinent taugt nichts für einfache Antworten. Deshalb müssen wir an diesem täglich wachsenden Netz von transnationalen Intersolidaritäten weiter arbeiten, damit das Europa, das wir haben uns nicht wie Sand in den Händen zerrinnt und damit die, die jetzt an den Hebeln der Macht und an den Stellwerken in unseren Gesellschaften sitzen, Sorge dafür tragen, dass die, die noch wissen, was passieren kann, wenn man nicht auf den Kontinent aufpasst, die Dinge so machen, dass das, was nicht passieren darf, auch nie wieder passieren wird. Das schulden wir unseren Eltern. Wenn wir das nicht hinkriegen, dann sind wir keine Erben, die das Erbe gut zu verwalten wussten.
